

## **L-3 B Perspektiven für eine gerechte Landwirtschaft!**

Gremium: Bundesmitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 03.11.2019  
Tagesordnungspunkt: L – Landwirtschaft und Ökologie

### **Antragstext**

1 Die konventionelle Landwirtschaft steht vor der Herausforderung, sich fit für  
2 die Zukunft zu machen. Den Weg der Industrialisierung ihrer ursprünglich  
3 kleinbäuerlichen Betriebe, der vielen Landwirt\*innen durch die Förderpolitik von  
4 EU und Bundesregierung zu Recht wirtschaftlich rentabel erschien, steht quasi  
5 vor dem Aus. Der Preis von Lebensmitteln ist in den letzten Jahren und  
6 Jahrzehnten ins Bodenlose gefallen und Großinvestitionen, die für die Erhöhung  
7 der Erträge getätigt wurden, haben nicht zu den versprochenen Mehreinnahmen  
8 geführt. Denn gegen große Investoren, die in der Bewirtschaftung von  
9 Ackerflächen nichts weiter als eine Geldanlage sehen, hat kaum ein kleiner  
10 landwirtschaftlicher Betrieb eine Chance. Aber genau die gilt es zu stärken und  
11 sich dem Höfesterben im ländlichen Raum entschieden entgegenzustellen. Die  
12 Landwirtschaft sichert unsere Ernährungssouveränität; wir sollten sie also auf  
13 möglichst viele breite Schultern verteilen anstatt sie der Spekulation mit  
14 Bodenpreisen auszusetzen. Um das Höfesterben aufzuhalten, gilt es nun v. a.  
15 Perspektiven an die jungen Generationen in der Landwirtschaft aufzuzeigen. Der  
16 schlechte Ruf der Landwirtschaft, die Risiken der Klimakrise und der Kredit bei  
17 der Bank, der notwendig wäre, um im derzeitigen landwirtschaftlichen System  
18 wettbewerbsfähig zu bleiben, sind nur der Anfang einer langen Reihe von  
19 Problemen, denen sich Jungbäuer\*innen gegenübersehen.

20 Als Gesellschaft sind wir die Profiteur\*innen einer ökologischen,  
21 klimastandhaften, tierschützenden und artenreichen Landwirtschaft. Wir müssen  
22 also auch unseren Beitrag dafür leisten, den Wechsel hin zu eben diesen  
23 Ansprüchen an landwirtschaftliche Betriebe sozial gerecht und lohnenswert für  
24 die Landwirt\*innen zu gestalten.

### **Höfesterben bekämpfen - Perspektiven schaffen**

26 Für die Erzeugung hochwertiger Lebensmittel, die nach ökologischen Standards in  
27 der Region und damit mit kurzen Transportwegen, also auch klimafreundlich und  
28 letztlich für die Konsument\*innen als solche kontrollierbar, hergestellt werden,  
29 braucht es Perspektiven für die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Deutschland

30 und Europa. Kleinbäuerliche Landwirtschaft muss besonders gefördert werden,  
31 indem man Förderkriterien so umbaut, dass sie kleinen Betrieben besonders zu  
32 Gute kommen. Die flächengebundene Förderung aus der ersten Fördersäule der  
33 Europäischen Union spielt vor allem den großen Grundbesitzer\*innen in die Hände.  
34 Deshalb setzen wir uns für eine leistungsgebundene Förderung ein, die kleine  
35 Betriebe beim Umbau hin zu Qualität statt Masse unterstützt, sodass später im  
36 Verkauf für regionale und ökologische Produkte eine höherer Preis erzielt werden  
37 kann. Außerdem braucht es Unterstützung für die Übernahme eines Hofes für  
38 Jungbäuer\*innen. Der Staat muss hier als günstiger Kreditgeber auftreten und die  
39 Aussicht darauf stellen, auf Anteile des Kredites später zu verzichten, wenn die  
40 Zukunft des Betriebes gesichert ist und landwirtschaftliche Konzepte umgesetzt  
41 wurden, die ökologisch sinnvoll sind und Klimawandel- und Artensterben  
42 entgegenwirken.

### 43 **Saisonarbeit regulieren**

44 Jährlich kommen 315.000 Saisonarbeiter\*innen aus dem europäischen Ausland nach  
45 Deutschland zum Arbeiten in der Landwirtschaft. Diese Zahl entspricht etwa 60  
46 Prozent der Menschen, die in Deutschland in der Landwirtschaft beschäftigt  
47 werden. Zu den Tätigkeiten zählen v. a. das Stechen von Spargel sowie das Ernten  
48 von Obst und Erdbeeren, aber auch die Arbeit in Schlachtbetrieben. Die  
49 Arbeiter\*innen kommen v. a. aus Polen, Bulgarien und Rumänien, zum Teil aber  
50 auch aus Kroatien, Ungarn, Serbien und seit neuestem auch aus der Ukraine. Die  
51 großen Lohnunterschiede innerhalb der Europäischen Union ermöglichen dabei, dass  
52 häufig zu menschenunwürdigen Bedingungen und niedrigsten Löhnen gearbeitet wird,  
53 weil die Saisonarbeitskräfte häufig bereit sind, schlechte Lebens- und  
54 Arbeitsbedingungen in Kauf zu nehmen. Wir als GRÜNE JUGEND wollen diese Menschen  
55 aber nicht länger alleine lassen, sondern machen uns für ihre Rechte und  
56 Ansprüche auf soziale und hygienische Arbeitsbedingungen stark. Es darf keine  
57 Arbeiter\*innen zweiter Klasse geben. Die Probleme liegen v. a. in nicht  
58 vorhandenen schriftlichen Arbeitsverträgen, in der intransparenten Aufzeichnung  
59 von Arbeitszeit und Lohn, den unklaren Gehaltsabzügen für Essen und Unterkunft  
60 sowie im fehlenden Arbeits- und Gesundheitsschutz. Diese Probleme sind politisch  
61 lösbar. Deshalb setzen wir uns für die Schaffung eines flächendeckenden  
62 kostenlosen Beratungsangebotes für Saisonarbeitskräfte ein. Außerdem muss die  
63 aufsuchende Arbeit stärker gefördert werden, um gerade die mobilen Beschäftigten  
64 im ländlichen Raum erreichen zu können. Zwischen den Beratungsstellen und den  
65 staatlichen Behörden, die die Zahlung des Mindestlohns kontrollieren, muss ein  
66 viel engerer Austausch stattfinden, und die Umgehung des Mindestlohns muss  
67 umgehend geahndet werden. Dafür muss allen Beschäftigten ab dem ersten  
68 Arbeitstag ein Arbeitsvertrag in der Herkunftssprache ausgehändigt werden.  
69 Außerdem muss der Lohnzettel transparent ausgefüllt und den Arbeitskräften  
70 einmal monatlich ausgehändigt werden, nicht erst am Ende der Saison.  
71 Kontrollierende Behörden müssen endlich grenzüberschreitend zusammenarbeiten und  
72 auch die Beratungsstellen verschiedener Länder eine gemeinsame europäische  
73 Strategie für die soziale Absicherung von Saisonarbeitskräften entwickeln. Diese

74 Strategie muss umgehend in die gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) aufgenommen  
75 und in ihren Förderkriterien verankert werden: Wer nicht gemäß europäischen  
76 Vorschriften legal beschäftigt, bekommt auch keine Direktzahlungen mehr.  
77 Außerdem müssen die Arbeitgeber\*innen verpflichtet werden, die geltenden  
78 Arbeitsrechte den Arbeiter\*innen in ihrer Herkunftssprache zugänglich zu machen  
79 und sie in ihren Rechten zu belehren.

### 80 **Arbeitsrechte in der Landwirtschaft 4.0 sichern**

81 Die Digitalisierung und Mechanisierung in der Landwirtschaft hat das Potenzial,  
82 anstrengende körperliche Arbeit, die bislang gering entlohnt wird und kaum bis  
83 zum Ende des Arbeitslebens geleistet werden kann, durch moderne Technik auf  
84 Maschinen automatisiert zu übertragen und dem Menschen nicht länger monotone  
85 Arbeitsschritte zuzumuten. Im Gegenteil verbessert die Fortbildung von  
86 Fachkräften hin zu digitalen Fachkräften deren Qualifikation und damit auch ihr  
87 Gehalt. Das passiert aber keinesfalls von selbst; der Staat muss entsprechende  
88 Fortbildungen finanzieren und ermöglichen und dabei auch klar die Rechte der  
89 Arbeitnehmer\*innen in den Mittelpunkt stellen. Digitalisierung darf nicht zur  
90 Mehrbelastung von Arbeitnehmer\*innen mit digitaler Arbeit führen, ohne dass die  
91 analoge Arbeit abnimmt. Die Digitalisierung sollte als Chance für Arbeits- und  
92 Gesundheitsschutz in der Landwirtschaft betrachtet werden; gleichzeitig muss  
93 aber auch immer klar sein, dass die Digitalisierung und Maschinerisierung nicht zu  
94 Lasten von Klima- und Artenschutz stattfinden kann, indem immer größere  
95 Maschinen mit immer mehr Gewicht zu einer immer stärkeren Belastung der Böden  
96 führen. Die Landwirtschaft 4.0 stellt Chance und Risiko für Beschäftigte und  
97 Natur gleichermaßen dar. Deshalb muss sie jetzt politisch angegangen und  
98 diskutiert werden.

99 Moderne Landwirtschaft ist nämlich das, was man daraus macht. Die Solidarische  
100 Landwirtschaft (SoLaWi) ist eine Organisationsform der Landwirtschaft, bei der  
101 eine Gruppe von Verbraucher\*innen mit einem oder mehreren Landwirt\*innen  
102 kooperiert und die als positives Vorbild dienen kann. Die Verbraucher\*innen  
103 geben eine Abnahmegarantie für die Produktion und erhalten im Gegenzug  
104 Einblick/Einfluss auf die Produktion. In der Regel zahlt jede\*r Verbraucher\*in  
105 einen festen monatlichen Betrag. Dabei ist der\*die Landwirt\*in abgesichert und  
106 im Fall eines Ernteausfalls, dessen Auftreten mit den Folgen der Klimakrise  
107 zunimmt, nicht in ihrer\*seiner Existenz bedroht. Genau diese Form  
108 gemeinschaftlicher Verantwortung für die soziale Absicherung von Landwirt\*innen  
109 und die Transparenz für Verbraucher\*innen über die konsumierten Lebensmittel  
110 wollen wir viel stärker unterstützen und sehen in ihr großes Potenzial als  
111 zukunftsfähiges landwirtschaftliches Konzept. Die GRÜNE JUGEND macht sich für  
112 mehr Räume in den Städten für Solidarische Landwirtschaft ein. Denn anders als  
113 Lebensmittelketten stehen der Solidarischen Landwirtschaft kaum leistbare Räume  
114 für Abgabe und Verkauf der erzeugten Lebensmittel zur Verfügung. Diese Räume  
115 wollen wir mit staatlichen Mitteln fördern und in Kooperation mit den Kommunen  
116 den Genossenschaften zur Verfügung stellen.

### 117 **Bürokratieabbau voranbringen**

118 Wir setzen uns für eine Reform der Förder-Bürokratie mit der Einführungen der  
119 neuen GAP im Jahr 2020 ein – denn diese ist mehr als überfällig. Landwirtinnen  
120 und Landwirten zuzumuten, für vorbildliche ökologische und klimaschützende  
121 Landwirtschaft vom Blühstreifen über Lerchenfenster bis hin zur Pflanzung von  
122 Bäumen, in ihrer auch so schon geringen Freizeit eine derartige Bürokratie mit  
123 unzähligen Formularen auf sich nehmen zu müssen, ist nicht länger tragbar. Auch  
124 angesichts der Dringlichkeit der Umsetzung zukunftsfähiger landwirtschaftlicher  
125 Konzepte ist das alles andere als sinnvoll.

126 Künftig müssen landwirtschaftliche Betriebe nach umfangreicher kostenloser  
127 Beratung ihre Vorhaben lediglich noch bei den zuständigen Stellen anmelden  
128 müssen – den Papierkram erledigt dann die Behörde. Denn zu leistungsgebundener  
129 Förderung zählt nicht nur die Leistung der Landwirtinnen und Landwirte, sondern  
130 auch die Leistung des Staates, die für den Erfolg der Förderprojekte unabdingbar  
131 ist. Dafür brauchen die Landwirtschaftsämter endlich das notwendige Personal, um  
132 die Förder-Bürokratie im Sinne einer ökologischen Landwirtschaft und  
133 gleichermaßen im Sinne der Landwirt\*innen erledigen zu können. Ohne eine  
134 wirksame, zugleich aber auch maßvolle Kontrolle können keine öffentlichen Mittel  
135 fließen. Denn öffentliches Geld gibt es nur für öffentliche Leistungen.

### 136 **Regionalität und Infrastruktur fördern**

137 Die landwirtschaftlichen Betriebe müssen, um tier- und umweltgerecht sowie  
138 nachhaltig handeln zu können, auf eine gute, lokale Infrastruktur zurückgreifen  
139 können. Kurze Transportwege und eine lokale Vermarktung fördern die  
140 Wertschöpfung vor Ort und halten die Transportemissionen so gering wie möglich.  
141 Regionale Wirtschaftskreisläufe bieten zusätzlich Perspektive für viele  
142 Arbeitsplätze und soziale Strukturen im ländlichen Raum. Es müssen ebenfalls  
143 lokale Absatzmöglichkeiten für die Rohstoffe aus den Fruchtfolgen, wie  
144 beispielsweise Hanf und Ackerbohnen, gewährleistet werden.

145 Um Regionalität wieder mehr Aussagekraft zu ermöglichen, setzen wir uns für ein  
146 Regionalitätssiegel ein, das vom Futter/Dünger bis zum Endprodukt alle  
147 Erzeugungsschritte berücksichtigt und honoriert. Zurückgelegte Kilometer und der  
148 dadurch erzeugte CO<sub>2</sub>-Ausstoß stellen dabei die Klimabilanz des jeweiligen  
149 Produktes dar.

150 Um regional erzeugte Lebensmittel auch zu regional erzeugten Endprodukten  
151 fertigen zu können und nicht noch für die letzten Arbeitsschritte hunderte oder  
152 tausende Kilometer fahren zu lassen, müssen wir regionale Infrastruktur fördern:  
153 Beispielsweise gehen lokale Mälzereien, Mühlen, Molkereien, Metzgereien oder das  
154 Backhandwerk vielerorts zurück, ihre Produkte werden an zentralen Orten

155 möglichst günstig produziert. Das schadet aber dem regionalen  
156 Wirtschaftskreislauf wie auch dem Klima. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND, aus  
157 Bundes- und Landesmitteln ein Förderprogramm für regionale Lebensmittel-  
158 Infrastrukturprojekte ins Leben zu rufen, mit dem Regionalität für den  
159 ländlichen Raum, das Klima und mit Blick auf regionale Schlachthöfe auch das  
160 Tierwohl vorangebracht wird.

### 161 **Weiterbildung und Ausbildung in der Landwirtschaft**

162 Die Bildung im landwirtschaftlichen Bereich ist ein Schlüsselpunkt, denn nur  
163 durch Eigenermächtigung kann konsequent nachhaltig gehandelt und bewirtschaftet  
164 werden. Es müssen in der Lehre und im Studium konventionelle und ökologische  
165 Praktiken gelehrt werden, um die eigenständige Umstellung von Betrieben zu  
166 erleichtern.

167 Das Angebot an Weiterbildungsmaßnahmen muss stark ausgeweitet werden und vor Ort  
168 verfügbar sein. Anpassung an den Klimawandel, Tierwohl, nachhaltige und  
169 langfristige Betriebswirtschaft und Boden sind die Hauptschwerpunkte, auf die  
170 sich die Bildungsprogramme im konventionellen und ökologischen Bereich  
171 konzentrieren sollen. Fächer wie Bodenbiologie, -physik und -chemie müssen  
172 umfassender gelehrt werden – sowohl in der universitären Ausbildung an den  
173 Hochschulen, als auch in der landwirtschaftlichen Ausbildung. Der Ökolandbau  
174 muss in vollem Umfang in die Lehre an Hochschulen und in die landwirtschaftliche  
175 Ausbildung aufgenommen werden. Darüber hinaus sollen sowohl ökologische als auch  
176 konventionelle Ansätze an alle Lernenden vermittelt werden, um Platz für Diskurs  
177 und Wissensaustausch zu bieten. Dafür muss auch die Forschung im Bereich  
178 klimapositiver und klimaresilienter Landwirtschaft stark ausgebaut und  
179 entsprechend staatlich gefördert werden.

180 Die Bäuer\*innen sind diejenigen, die die Nahrung produzieren, die Landschaft  
181 gestalten, und Klima und Biodiversität schützen können. Diese wichtige Rolle  
182 muss Anerkennung finden. Wir stehen Seite an Seite mit denen, die sich für  
183 Arten- und Klimaschutz einsetzen. Gleichzeitig muss der Beruf der Landwirt\*innen  
184 attraktiver gemacht werden. Die künftigen Änderungen können nur mit Sachverstand  
185 umgesetzt werden. Das Bild der Landwirt\*innen muss sich in der Öffentlichkeit  
186 ändern und dafür wollen wir uns auch einsetzen. Um Attraktivität des  
187 Berufsfeldes zu steigern, müssen sich aber auch Bedingungen ändern, die hier  
188 beschrieben werden.

### 189 **Fairer Handel statt Mercosur-Freihandelsabkommen**

190 Freihandelsabkommen sind derzeit fester Bestandteil der Außenpolitik der  
191 Europäischen Union. Oft sind, wie beispielsweise bei Mercosur oder TTIP, auch  
192 landwirtschaftliche Güter Teil dieses geplanten Freihandels. Landwirtschaft ist

193 aber vor allem global sehr unterschiedlich organisiert und strukturiert.  
194 Außerdem findet die Einfuhr landwirtschaftlicher Güter, wenn diese aus  
195 Schwellen- und Industrienationen kommen, meist aus industrieller Landwirtschaft  
196 statt. Diese Landwirt\*innen sind oft viel weniger strengen Reglementierungen  
197 unterworfen und betreiben eine klimaschädlichere Landwirtschaft als die  
198 europäischen Bäuer\*innen. Vor allem der günstige Preis der importierten Güter,  
199 die zu lasten des Klimas entstehen, kann kleinstrukturierte, bäuerliche und  
200 ökologische Landwirtschaft stark unter Druck setzen. Außerdem kann das dazu  
201 führen, dass sich auch in Europa eine industrielle und ökologisch schädlichen  
202 Landwirtschaft weiter durchsetzt, da nur diese dem neu erstarkten Preisdruck  
203 durch die billige Importware standhält. Mit dem Freihandelsabkommen Mercosur mit  
204 den Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay soll die weltweit  
205 größte Freihandelszone geschaffen werden. Auch hier sind landwirtschaftliche  
206 Güter betroffen.

207 Es sollen 99.000 Tonnen Rindfleisch und 25.000 Tonnen Schweinefleisch zu einem  
208 sehr niedrigen Zollsatz und 180.000 Tonnen Geflügel und Reis, Honig, Zuckermais,  
209 Käse, usw. Zollfrei nach Europa importiert werden. Diese Produkte werden mit  
210 extrem hohen Spritzmitteleinsatz und in Monokulturen angebaut und gleichzeitig  
211 der Regenwald gerodet. Die Importmengen von beispielsweise Rindfleisch werden  
212 die klima positive und artgerechte Tierhaltung EU-Mutterkuhhaltung/Weidehaltung  
213 extrem unter Druck setzen. Dabei ist dies die haltung, die Artenschutz  
214 unterstützt und Humus aufbaut.

215 Wir müssen den globalen Anbau und Transport von Fleisch drastisch reduzieren.  
216 Freihandelsabkommen wie Mercosur sind dazu absolut nicht förderlich und in  
217 Zeiten des Klimawandels und eines brennenden Regenwalds nicht vertretbar! Ein  
218 Freihandelsabkommen, das bäuerlicher und klimaschonender Landwirtschaft im Wege  
219 steht darf nicht durch Deutschland befürwortet und beschlossen werden. Wenn  
220 Klimaschutz betrieben werden soll, muss die Landwirtschaft mitgedacht werden und  
221 dem Mercosur-Abkommen in dieser Form darf nicht zugestimmt werden.

### 222 **Konkret fordern wir:**

- 223 1. Wir gehen gegen das Höfesterben vor, indem wir Jungbäuer\*innen und die  
224 kleinbäuerliche Landwirtschaft finanziell unterstützen.
  
- 225 2. Wir setzen uns für die Rechte von Saisonarbeitskräften ein und beenden die  
226 prekären Arbeitsverhältnisse auf Feldern und in Schlachtbetrieben.
  
- 227 3. Wir sehen in der Landwirtschaft 4.0 sowohl Chance als auch Risiko. Wir  
228 wollen Arbeitnehmer\*innen in der Landwirtschaft harte körperliche Arbeit  
229 erleichtern, gleichzeitig aber auch ihre Rechte schützen und den digitalen

- 230 Umbau für mehr soziale Teilhabe, den Klima- und den Artenschutz nutzen.
- 231 4. Wir fördern Klimaschutz statt Hektar und entlasten die Landwirt\*innen bei  
232 der Beantragung von Fördermitteln: Wir ersetzen die Flächenprämien durch  
233 eine leistungsgebundene Förderung von Umwelt- und Naturschutzleistungen  
234 mit langfristig wirkenden Maßnahmen wie Agroforstpflanzung, Mischwald-  
235 Aufforstung, Pflanzung und Pflege von Hecken und anderen  
236 Landschaftselementen. Wir unterstützen Landwirt\*innen, die den Klimaschutz  
237 voranbringen wollen und bauen die Förder-Bürokratie um hin zu den  
238 Bedürfnissen engagierter Landwirt\*innen. Das muss mit der Einführung der  
239 neuen Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) 2020 geschehen
- 240 5. Wir bringen den Klimaschutz in die Ausbildung: Maßnahmen des Klimaschutzes  
241 und der Klimaanpassung in die landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung  
242 aufnehmen, z. B. durch vertiefende Lehre in der Bodenbiologie; Ökolandbau  
243 in vollem Umfang in die Lehre an Hochschulen und in die  
244 landwirtschaftliche Ausbildung aufnehmen und Forschung an klimapositiver  
245 Landwirtschaft fördern.
- 246 6. Wir bringen die Landwirtschaft in die Lehrpläne: Aufnahme  
247 landwirtschaftlicher Bildung in die Lehrpläne der Sekundarstufe I bis 2025  
248 im Rahmen einer umfassenden Klima- und Umweltbildung.
- 249 7. Die Ablehnung des Mercosur-Freihandelsabkommens.